

Foltern für den Frieden

In Mexiko häufen sich die Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte

Armee und Polizei in Mexiko verletzen Menschenrechte in grossem Ausmass. Vorschub leisten eine politisch abhängige Justiz und ein verhärtetes Klima im Kampf gegen Drogenkartelle. Abhilfe ist von der neuen Regierung kaum zu erwarten.

Matthias Knecht, Monterrey

Die Kronzeugin gegen Mexikos Menschenrechtsverbrechen würde man an der Strasse glatt übersehen. Eva Luján hat den gleichen kleinen und stämmigen Körperbau wie Millionen andere Mexikanerinnen und auch diese kräftigen Gesichtszüge, in denen sich das Erbdemokrat der Ureinwohner und der einstigen spanischen Eroberer mischt. Ihr Auftreten ist unauffällig, ihre Kleidung schlicht. Doch die eindringlichen dunklen Augen der 53-Jährigen verraten ihren starken Willen, ebenso die Plakette mit der Foto ihres ermordeten Sohnes Gustavo Acosta. Diese trägt sie gut sichtbar auf dem Pullover, direkt über dem Herzen. Immer wieder umfasst sie das Bild der Ältesten ihrer vier Kinder und sagt gar ohne Pathos: «Sein Tod soll nicht umsonst gewesen sein.» Acosta hinterliess einen heute dreijährigen Sohn.

Überfall um ein Uhr nachts

Ich habe gute Chancen, dass sich ihre Hoffnung erfüllt. Unterstützt wird sie inzwischen von Amnesty International und Human Rights Watch. Denn Acostas fürchterlicher Tod zeigt exemplarisch, woran Mexikos Krieg gegen die Drogenkartelle scheitert: am fehlender Rechtsstaat. Das bewirkt nicht nur, dass 99 Prozent der Mörder, Entführer oder Drogendealer niemals für ihre Taten verurteilt werden. Es bewirkt auch, dass die staatlichen Sicherheitskräfte ihrer Kampf gegen das organisierte Verbrechen ausserhalb von Recht und Verfassung führen, angefangen bei Festnahmen ohne Haftbefehl bis hin zu Folter und gezielter Tötung Unschuldiger. «Impunidad» nennt man das Problem weit über Mexiko hinaus in ganz Lateinamerika, was mit Straflosigkeit nur ungenügend übersetzt ist. Treffender ist Willkür- oder Unrechtsjustiz.

Wie so viele andere glaubte auch die Familie von Eva Luján an die Richtigkeit dessen, was in Mexiko schlicht Drogenkrieg heisst, der Einsatz der Armee gegen die Drogenbanden. Wenn immer die Familie in eine Strassenkontrolle geriet, hielt sie bereitwillig an, liess ihr Fahrzeug durchsuchen. «Die Schiessereien und Morde, das war immer woanders. Nie hätten wir gedacht, dass es uns treffen könnte», berichtet sie. Doch am 1. September 2011 hielt der Drogenkrieg unvermittelt Einzug im Haus der Familie, in einem Vorort von Monterrey. Der damals 31-jährige Gustavo Acosta hielt sich dort nur zufällig auf. Er half bei der Pflege seines kranken Vaters. Um ein Uhr morgens waren auf der Strasse Schüsse zu hören, wie Luján berichtet. Kurz darauf polterte die Marine gegen die Tür. Einen Durchsuchungsbefehl hatte sie nicht. Sie drohte dennoch, das Haus zu stürmen. Gustavo Acosta antwortete, er werde jetzt öffnen, und bat um Rücksicht. Frauen und Kinder seien im Haus. Kaum hatte er die Tür entriegelt, stürmte ein Marine-soldat in schussicherer Weste hinein. Acosta hob die Hände, aber der Soldat schoss ihm ohne Vorwarnung in den Kopf. Acosta fiel auf seinen Vater und fing dabei die zweite Kugel ab, die offenbar diesem galt.

«Wir haben uns geirrt»

Das war der Beginn einer entsetzlichen Nacht. Die Soldaten zerrten den Rest der Familie, unter ihnen Lujáns achtjährige Enkeltochter, an den Händen und den Haaren aus dem Haus. Sie die Einrichtung, stahlen Geld, Computer und Wertsachen. Gustavos jüngeren Bruder, Daniel Acosta, nahmen sie mit. Gefesselt auf dem Prit-



Demonstranten machen in Mexiko-Stadt an einer Kundgebung gegen Gewalt auf das Schicksal verschwundener Angehöriger aufmerksam.

ALEXANDRE MENEGHINI / AP

schenwagen hörte der 19-Jährige, wie ein junger Soldat rapportierte: «Chef, das Haus ist sauber, keine Drogen, keine Waffen. Wir haben uns geirrt.» Darauf knurrte der Vorgesetzte: «Still! Sie hören dich!»

Um acht Uhr morgens brachte die Marine Daniel Acosta zurück, schwer gefoltert und über und über blutverschmiert. Er hatte das gestanden, was seine Peiniger hören wollten. Nach Elektroschocks und Befragungen mit dem Plasticsack über dem Kopf hatte er auch weisungsgemäss die ihm vorgelegten Waffen angefasst. Die Marine hatte somit die Beweise für ihre Version der Ereignisse. Die veröffentlichte sie noch am selben Tag. Demnach erschossen die Soldaten in Notwehr den «Drogendealer» Gustavo Acosta, angeblich bekannt unter dem Übernamen M-3. Im Haus seien im übrigen Waffen und Drogen gefunden worden. Diese Version verbreiteten auch Zeitungen und Fernsehen. Die Marine hatte damit nicht nur kaltblütig und ohne Anlass den ältesten Sohn der Familie erschossen. Um den Irrtum zu vertuschen, stellte sie die Familie als Teil einer Verbrecherbande hin.

Hilflose Bürger

Laut der katholischen Ordensschwester Consuelo Morales ist das, was der Familie von Eva Luján geschah, kein Einzelfall, sondern vielmehr erschreckender Alltag im Krieg gegen die Drogenkartelle. Morales betreibt seit zwanzig Jahren eine in Mexiko einmalige Anlaufstelle für die Opfer der Gewalt, das Zentrum zur Unterstützung der Menschenrechte (Cadhac). Mit einem Team von Rechtsanwälten und Psychologen (hat sie allein in Monterrey und dem umgebenden Gliedstaat Nuevo León Tausende von Fällen ermordeter, verschwundener oder gefolterter Menschen dokumentiert. Die meisten Verbrechen werden demnach von den Drogenbanden begangen, doch zunehmend ist der Staat der Täter oder arbeitet gar mit den Drogenkartellen zusammen. Morales kann Fälle belegen, in denen die Polizei widerrechtlich festgenommene Bürger einer Drogenbande übergab. Die international mehrfach ausgezeichnete Ordensschwester spricht von

einer katastrophalen Menschenrechtslage: «Wir stehen zwischen der Gewalt des organisierten Verbrechens und jener der staatlichen Sicherheitskräfte. In einem Umfeld von Korruption und Straflosigkeit sind die Bürger völlig hilflos.»

Mut der Verzweiflung

Morales sieht es als ihre Aufgabe, die Mauer des Schweigens zu brechen. Darum ermuntert sie die Opfer der Übergriffe, Anzeige zu erstatten. Doch viele weigern sich, aus Angst. Auch die Familie von Eva Luján hatte zuerst Bedenken. Schliesslich hatte die Marine dem gefolterten jüngeren Sohn gedroht, sie werde die gesamte Familie holen, sollte er reden. Doch die Mutter setzte sich durch, mit dem Mut der Verzweiflung: «Sie haben unsere Familie schon zerstört. Wir haben nichts mehr zu verlieren.» Sie sah sich sogleich mit der politisch abhängigen Justiz konfrontiert. Gegen eine so prestigeträchtige Institution wie die Marine könne man nicht vorgehen, wurde ihr vom Staatsanwalt beschieden. Stattdessen nahm er Ermittlungen gegen ihren getöteten Sohn auf, um herauszufinden, ob er nicht doch ein Drogendealer gewesen war. Luján insistierte und führte schliesslich einen öffentlichen Protest vor dem Gebäude der Staatsanwaltschaft in Monterrey an. Diese begann schliesslich, gegen die Marine zu ermitteln, wenn auch quälend langsam. Mehr als ein Jahr nach der Tat sind die daran beteiligten Soldaten immer noch nicht identifiziert.

In jüngster Zeit hagelte es Vorwürfe gegen Mexikos Menschenrechtsverletzungen. Das Uno-Komitee gegen die Folter in Genf warf dem Land im November vor, die Straflosigkeit sei zur Norm geworden. In der Evaluierung der Menschenrechtslage zeigte sich das Komitee insbesondere über die grosse Zunahme der Verschwundenen besorgt. Zuvor hatte Amnesty international den «spektakulären Anstieg» der Fälle von Folter und Misshandlungen durch die staatlichen Sicherheitskräfte gerügt. Eine in der Organisation Mexico Evalúa zusammengeschlossene Gruppe von Forschern kritisierte wenig später die erschreckende Untätigkeit der Justiz. Von den mehr als 100 000 Mordanzei-

gen in den letzten sechs Jahren sei nur ein Bruchteil überhaupt untersucht worden. In dieselbe Richtung zielt der gleichzeitig publizierte Bericht der nationalen Menschenrechtskommission (CNDH). Von 100 Delikten werden in Mexiko nur acht angezeigt. Von diesen wiederum führt nur ein Prozent zu einer Verurteilung des Täters.

Dieses Klima begünstigt die Menschenrechtsverletzungen durch Armee und Polizei. Eines der Indizien sind die Anzeigen wegen Folter oder Misshandlung durch die staatlichen Sicherheitskräfte, die mexikanische Bürger bei der CNDH einreichen. 2007, dem ersten Jahr des Krieges gegen die Drogenkartelle, registrierte die Ombudsstelle 392 Fälle. Letztes Jahr waren es 1669. Gemäss Daniel Zapico, Rechtsexperte bei der mexikanischen Sektion von Amnesty international, ist bei den genannten Zahlen von einer grossen Dunkelziffer auszugehen. Eklatant ist auch hier wieder die Untätigkeit der Justiz. Auf Ebene der Bundesjustiz wurden von 2008 bis 2011 gerade einmal fünf Verurteilungen wegen Folter registriert. Hinzu kommen 18 Urteile auf Ebene der Gliedstaaten. Der Anwalt vergleicht darum die derzeitige Menschenrechtslage in Mexiko mit derjenigen früherer Militärdiktaturen in Südamerika.

Erbe des Autoritarismus

Die autoritäre Vergangenheit Mexikos ist einer der Gründe für die schleppende Aufklärung. Bis 2000 regierte während mehr als 70 Jahren der Partido Revolucionario Institucional (PRI) und etablierte ein System der politisch kontrollierten Justiz. Die seither regierenden konservativen Präsidenten haben es nicht beseitigt. Mexikos Generalstaatsanwalt ist bis heute dem Präsidenten unterstellt, die Justiz der Gliedstaaten dem jeweiligen Gouverneur. Ermittlungen gegen Polizei oder Armee einzuleiten, ist für mexikanische Staatsanwälte darum beruflicher Selbstmord. Weiteres Hindernis ist die Gerichtsbarkeit der Armeeichter. Sie betreuen in der mexikanischen Praxis auch die Klagen von Zivilisten gegen Soldaten. Die zivile Justiz verweist die Kläger darum regelmässig an die Militärjustiz, die wieder-

um alles unternimmt, um beteiligte Soldaten zu decken. Gerügt wurde diese Praxis unter anderem von der Uno, dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof und auch dem Obersten Gericht Mexikos. Dennoch hat Mexikos Parlament den notwendigen Gesetzesänderungen bisher nicht zugestimmt.

Zu all dem gesellt sich eine Stimmung, die Exzesse der staatlichen Sicherheitskräfte im Namen der Verbrechensbekämpfung ausdrücklich toleriert. Eine Folge ist die Akzeptanz der Folter als Ermittlungsverfahren. «Jede Person, die in Monterrey festgenommen wird, wird erst einmal gefoltert», berichtet Schwester Morales aus ihrer täglichen Arbeit mit den Opfern dieser Übergriffe. Die Mischung aus politisch abhängiger Justiz und gesellschaftlicher Akzeptanz der Menschenrechtsverletzungen fordert nicht nur unschuldige Opfer, Sie erklärt auch die Erfolglosigkeit des Kampfes gegen die Drogenkartelle. «Viele Unschuldige landen im Gefängnis, während die Schuldigen in Freiheit bleiben», klagt der Jurist Zapico. Das komme einer Aufforderung an die Verbrecher gleich, weiterhin Straftaten zu begehen.

Der neue Präsident Peña Nieto vom PRI will das bewaffnete Vorgehen gegen die Drogenkartelle beibehalten, verspricht jedoch eine Professionalisierung der Strategie. Unter anderem kündigte er die Schaffung einer 40 000 Mann starken nationalen Gendarmerie an. Sie soll die Armee in der Verbrechensbekämpfung ersetzen. Die Ordensschwester Morales zeigt wenig Vertrauen in den neuen Präsidenten. Vielmehr befürchtet sie eine Rückkehr autoritärer Tendenzen. Dagegen beschwört sie die Tugend einer aktiven Zivilgesellschaft: «Der Erfolg hängt nicht von der Regierung ab. Er hängt von uns Bürgern ab.» Zentral sei es, die Justiz zum Arbeiten zu bringen. Da sei es naiv, auf die Regierung zu hoffen, gleich welcher Partei. Deshalb will auch Eva Luján nicht aufgeben, bis die Verantwortlichen für die Tötung ihres Sohnes verurteilt werden. Das geschehe keinesfalls aus Rache. «Ich hoffe, dass damit anderen Familien das erspart wird, was wir durchleiden mussten.» Und wieder umfasst sie die Plakette an ihrer Brust.